

## Presseinformation

14. Februar 2005

### Sitzung des NÖ Wohnbauförderungsbeirates

#### Unterstützung für weitere 7.800 Wohneinheiten beschlossen

Heute, Montag, tagte der Beirat der NÖ Wohnbauförderung zum ersten Mal unter dem Vorsitz von Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka. In dieser Sitzung wurden Projekte mit Gesamtinvestitionen von rund 458 Millionen Euro beschlossen. „Die Wohnbauförderung muss lenkend eingreifen, nicht durch Verbote und Verordnungen, sondern durch Schaffung von Anreizen. Als politisch Verantwortlicher sehe ich es als meine Aufgabe, Entwicklungen laufend zu beobachten und die Erkenntnisse in die Förderpolitik einfließen zu lassen“, steckte Sobotka seine Ziele ab.

In der ersten der beiden Beiratssitzungen im Jahr 2005 wurde die Förderung von rund 7.800 Wohneinheiten beschlossen. Davon entfallen 4.787 Anträge auf die Altbausanierung, Schwerpunkt ist dabei die thermische Sanierung und die Sanierung alter Bausubstanz in den Ortskernen. 2.950 Förderungen betreffen Neubauten, bestehend aus 1.340 Eigenheimen und 1.607 Mehrfamilienhäusern.

„Neben der sozialen Ausrichtung wird vor allem auf die Ökologisierung des Bauens besonderes Augenmerk gelegt. Niedrigenergiehäuser, das Bauen mit heimischen nachwachsenden Baustoffen, effiziente Heizungen und Solaranlagen werden durch die neue ÖKO-Wohnbauförderung verstärkt gefördert. Allein im Jahr 2004 wurden durch die ÖKO-Wohnbauförderung 2.800 Solaranlagen gefördert, diese Zahl wird heuer voraussichtlich überschritten. Sobotka: „Die ökologische Ausrichtung der Wohnbauförderung hat eine wahre Eigendynamik ausgelöst. Die Leute erkennen, dass sich ökologisches Bauen tatsächlich finanziell auszahlt und positiv zur Lebensqualität beiträgt.“

Um effektiv auf gesellschaftliche Trends und Veränderungen reagieren zu können, wurden die der Wohnbauförderung zu Grunde liegenden Gesetze Ende 2004 von 70 auf 20 reduziert. Mit dieser gesetzlichen Grundlage kann die Förderpolitik laut Sobotka flexibler auf soziale und gesellschaftliche Bedürfnisse eingehen und bringt auch dem Antragsteller mehr Transparenz.